



Judith Skudelny

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 74728

Fax 030 227 – 76728

E-Mail: [judith.skudelny@bundestag.de](mailto:judith.skudelny@bundestag.de)

# Pressemitteilung

---

## **Skudelny: Wehr- und Zivildienst wird auf sechs Monate verkürzt – Erster Schritt zur Aussetzung der Wehrpflicht**

(18.05.2010) Die christlich-liberale Koalition hat sich darauf geeinigt, ab dem Herbst die Dauer des Wehr- und Zivildienstes auf sechs Monate zu verkürzen. Das Gesetz soll zum 1. Januar 2011 in Kraft treten. Zugleich wird die Möglichkeit geschaffen, den Zivildienst freiwillig um drei bis sechs Monate zu verlängern. Dieses Angebot kann der Träger dem Zivildienstleistenden frühestens zwei Monate nach Antritt der Stelle offerieren. „Ich freue mich, dass die FDP-Bundestagsfraktion erreichen konnte, dass die Verlängerung auch weiterhin freiwillig bleibt. Damit wird verhindert, dass nur noch Stellen angeboten werden, die von vornherein auf lediglich 12 Monate ausgelegt sind. Diese Änderung war für die FDP elementar wichtig, damit eine wirkliche Verkürzung in der Praxis nicht unterlaufen werden kann“, so Judith Skudelny. Sie betonte, dass es mit der neuen Regelung nicht zu Nachteilen für die sozialen Dienste kommen werde. Eine Evaluierung des Gesetzes soll nach einem Jahr erfolgen. Außerdem wird die Koalition bis Mitte Juni ein Konzept zur Stärkung und künftigen Ausgestaltung der Freiwilligendienste vorlegen.

„Ziel der FDP bleibt aber die vollständige Aussetzung der Wehrpflicht“, so Judith Skudelny. Bereits seit Jahren sei offensichtlich, dass die sicherheitspolitische Lage den Vollzug der Wehrpflicht nicht mehr rechtfertigte und mit einer Wehrpflichtarmee die Aufgaben der Zukunft auch nicht mehr zu bewältigen seien. Zudem kritisierte Skudelny die gängige Einzugspraxis: „Die Wehrpflicht ist zu einem Roulette-Spiel geworden. Wer Glück hat, geht dienstfrei aus; wer Pech hat, wird eingezogen. Ein so tiefer Einschnitt in die individuelle Freiheit junger Bürger dürfe der demokratische Rechtsstaat nur fordern, wenn es die äußere Sicherheit des Staates wirklich gebiete. „Dies ist aber nicht mehr der Fall“, so Skudelny. Auch die meisten EU-Staaten wie Großbritannien, Frankreich, Spanien, Italien und Polen haben die Aussetzung der Wehrpflicht bereits auf den Weg gebracht. Skudelny forderte daher, mittelfristig die militärische Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland in die Hände einer professionellen Freiwilligenarmee zu legen.